

Zur Butterfrage. Die „Soziale Praxis“ schreibt:

In Friedenszeiten verzehrten wir jährlich fast 400 000 To. Butter aus einheimischer Milch und rund 55 000 To. eingeführte Butter. Der Unterschied von einem Höchstpreis von 2,80 M. statt 2,— M. auf das Pfund macht, wenn wir einen Kriegsverbrauch von $\frac{1}{4}$ Mill. To. annehmen, einen Mehraufwand der Verbraucher von 200 Mill. M. aus, oder 16 $\frac{1}{4}$ Mill. M. im Monat. Und weiter bedenke man, welche Rückwirkung die hohen Butterpreise auf die Bewertung der Milch sowie auf die Bewertung der anderen Kunstbutter- und Fleischfette sowie der für ihre Herstellung erforderlichen Rohstoffe und Futtermittel haben mußten: Denn die Preisbildung erfolgt heute von oben herab, von dem Gipfelpreis für das höchstwertige Endprodukt, das man herstellen kann, und für das man noch Abnehmer findet.

Bemängelt die „Soziale Praxis“ an der Regelung des Innenmarktes den Verzicht auf die Einführung von Butterkorten, die auch die Wohlhabenden zur Einschränkung ihres Butterverbrauches zwingen würden, so mißbilligt sie das Unterbleiben einer Reichsorganisation für den Ankauf der ausländischen Butter. Hierin liegt in der Tat ein wunder Punkt der ganzen Regelung, weil gerade die wilden Preistreiberien deutscher Butterankäufer Dänemark, Holland und Schweden zu Butterausfuhrverboten oder Ausfuhrbeschränkungen veranlaßt haben. Was aber nach der jetzt getroffenen Regelung besonders notwendig erscheint, ist eine verschärfte Ueberwachung der Buttererzeugung. Denn die Butter wird durch starken Salzzusatz künstlich schwerer gemacht.